

Stuttgart, 08.06.2007

## Verwaltungsreform Land/Kommunen

hier: Bericht und Stellungnahme der Landeshauptstadt Stuttgart zum 30.06.2007

### Beschlußvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Verwaltungsausschuss	Vorberatung	öffentlich	20.06.2007
Gemeinderat	Beschlussfassung	öffentlich	21.06.2007

### Beschlußantrag:

- 1) Vom Bericht zu den Erfahrungen der Umsetzung des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes (Anlage 2) wird zustimmend Kenntnis genommen.
- 2) Der im Rahmen der Berichtspflicht des Artikels 179 Verwaltungsstruktur-Reformgesetz abzugebenden Stellungnahme der Landeshauptstadt (Anlage 1) wird zugestimmt.
- 3) Die Verwaltung wird beauftragt, über die Ergebnisse der Evaluation zu berichten.

### Kurzfassung der Begründung:

Ausführliche Begründung siehe Anlage 1

Die Behördenreform des Landes ist zum 01.01.2005 in Kraft getreten. Nach dem Verwaltungsstruktur-Reformgesetz (VRG) sind die Stadt- und Landkreise gehalten, dem Land zum 30.06.2007 über die Umsetzung der Verwaltungsreform und die erreichten Einsparungen sowie über den Grad der Privatisierung im Bereich der Liegenschaftsvermessung zu berichten.

Mit dieser Vorlage wird über die Erfahrungen der Verwaltung bei der Umsetzung des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes berichtet (Anlage 2). Bestandteil ist darüber hinaus die im Zuge der festgelegten Berichtspflicht gegenüber dem Land abzugebende Stellungnahme (Anlage 1).

### Finanzielle Auswirkungen

## **Beteiligte Stellen**

Dr. Wolfgang Schuster  
Oberbürgermeister

## **Anlagen**

1. Stellungnahme der Landeshauptstadt Stuttgart gem Artikel 179 VRG
2. Sachstandsbericht